

Eine Debatte im Permanenzkomitee gegen die Zensur.

Heute hat in der Sitzung des Permanenzkomitees für Industrie, Gewerbe und Handel, die unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Kitzschelt abgehalten wurde, eine Debatte stattgefunden, aus der hervorging, wie sehr sich die wirtschaftlichen Kreise durch die Zensur bedrückt fühlen, die Mitteilungen und Erörterungen über wichtige wirtschaftliche Fragen ausschließt, trotzdem solche in der anderen Reichshälfte und in Deutschland ohne jede Schädigung öffentlicher Interessen erfolgen, so daß durch diese Praxis das österreichische Publikum und die österreichische Presse benachteiligt sind. Den Ausgangspunkt der Debatte bildete ein Hinweis des Kammersekretärs Dr. Pistor auf die kürzlich erfolgte Beschlagnahme einer Mitteilung, die nur den Zweck hatte, die industriellen Kreise auf die schleppende Behandlung einer bestimmten, sie interessierenden Frage durch die Verwaltungsbehörde aufmerksam zu machen und durch Ratschläge Verzögerungen in der Erledigung zu vermeiden. Daran anschließend teilte kaiserlicher Rat Freud einige Fälle aus seinen eigenen Wahrnehmungen als Herausgeber des „Tarifanzeiger“ mit. Diese Fälle wurden allgemein beachtet, weil sie an der Hand praktischer Erfahrungen beweisen, wie sehr durch die Zensur Bevölkerung und Presse geschädigt werden. Kaiserlicher Rat Freud erzählte unter anderem, daß selbst Publikationen aus Amtsblättern der Beschlagnahme verfallen, daß es ferner unmöglich war, unverfängliche, die Verkehrster allgemein interessierende Mitteilungen zu veröffentlichen, die bereits in ungarischen Amtsblättern und in anderen ungarischen Blättern erschienen waren und welche die österreichischen Interessenten daher nur durch die ungarischen Zeitungen erfahren konnten. Dasselbe gelte hinsichtlich sonstiger Berichte, die anstandslos in deutschen Blättern standen und in Oesterreich dem Publikum nicht unmittelbar zur Kenntnis gebracht werden konnten. Er erwähnte ferner, daß Nachrichten harmlosester Art, die bestimmte Länder betreffen, nie veröffentlicht werden können, weil sie der Beschlagnahme verfallen. Selbstverständlich müsse unter dieser Bevorzugung der außerhalb Oesterreichs erscheinenden Blätter das hiesige Publikum, ebenso aber auch das Ansehen des Staates leiden, in welchem die Tätigkeit der Presse gegenüber jener anderer Länder herabgedrückt werde. Der Präsident des Gewerbevereines Schie begrüßte den Kampf gegen die Zensur und teilte einer sehr bemerkenswerten Fall einer Konfiskation mit. Der Abgeordnete Friedmann stellte einen Antrag, daß das Permanenzkomitee eine Eingabe an das Ministerratspräsidium richten möge, welche sich gegen die jetzige Handhabung der Zensur ausspreche und eine andere Praxis verlangen solle. Die Besprechung wird fortgesetzt werden.

Das Permanenzkomitee für Industrie, Gewerbe und Handel veröffentlicht hierüber folgende Mitteilung: „Das Permanenzkomitee beschäftigte sich mit der Praxis der Präventivzensur, wobei dem Komitee von sachlich berufener Seite zahlreiche Erfahrungen aus der jüngsten Zeit, insbesondere auch hinsichtlich der Behandlung amtlicher Kundmachungen als Unterlage dienten.“